

## Stadtbus Winterthur: 3% mehr Lohn

# Für viele statt für wenige!

Rund 160 von 250 Mitarbeitenden im Fahrdienst werden endlich und rückwirkend auf Juli 2023 konkurrenzfähige und GAV-konforme Löhne für ihre harte und immer anspruchsvollere Arbeit erhalten. Die Lohnsituation bei Stadtbus war sowohl gegenüber der restlichen Stadtverwaltung, als auch gegenüber der Branche ein Problem und ein Hindernis. Mit diesem lang geschuldeten und fälligen Schritt wird die langjährige Lohnproblematik korrigiert und somit der Rahmen-GAV eingehalten.

Der VPOD fordert Verbesserungen bei den Löhnen des Fahrdienst-Personals seit dem Jahr 2019. Die Mitarbeitenden mussten lange Geduld haben. Die Hartnäckigkeit des Personals und des VPOD hat sich jetzt gelohnt: 160 Mitarbeitenden bekommen 3% mehr Lohn!

Die Situation war nicht nur für das Personal und ihre Familien ein Problem. Der Betrieb kämpft seit Jahren gegen den Fachkräftemangel. Die Berufskategorie der Busfahrer:innen weist schweizweit einen überdurchschnittlichen strukturellen Fachkräftemangel (vgl. Seco-Studie vom September 2023) aus. Die gegenüber der regionalen Konkurrenz tieferen Löhne haben die Situation bei Stadtbus

deutlich verschärft. Mit diesen lang ersehnten Lohnanpassungen werden die Löhne bei Stadtbus vergleichbar mit anderen regionalen Anbietern sein und den ZVV-Rahmen-GAV wird eingehalten.

Für das Personal und den VPOD ist dieser Erfolg lediglich ein Schritt in die richtige Richtung. Die wöchentliche Arbeitszeit bei Stadtbus beträgt 42 Stunden, während diese bei den VBZ (40 Std.) oder bei der Postauto AG (41 Std.) tiefer liegt. Auch bei der Abend- und Nachtarbeit hinkt Stadtbus hinter der restlichen Stadtverwaltung und der Konkurrenz her: bei Stadtbus wird ein Zuschlag für Abend-/Nachtarbeit erst ab 22 Uhr ausgerichtet, bei der restlichen Stadtverwaltung wie auch bei den VBZ und Postauto AG bereits ab 20 Uhr. Das Personal wird sich also weiterhin und dezidiert für weitere Verbesserungen einsetzen. All das für sich selbst, für den Betrieb und schlussendlich für die Bevölkerung der Stadt Winterthur. Nur ein Betrieb mit guten, marktüblichen und zeitgemässen Arbeitsbedingungen sowie mit zufriedenen und wertgeschätzten Mitarbeitenden kann die Dienstleistungen erbringen, welche die Bevölkerung braucht und erwartet.

Mattia Mandaglio

## Offener Brief an die VPOD-Mitglieder

Paul Rechsteiner war von 1998 bis 2018 Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und von 2011 bis 2022 Ständerat im Kanton St. Gallen für die SP. Mit der Lancierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente übergab er das Präsidium an Pierre-Yves Maillard.

### «Liebe VPOD-Gewerkschafterin, lieber VPOD-Gewerkschafter und VPOD Mitglied

In meinem ganzen politischen Leben habe ich für die AHV, das Herzstück des Sozialstaats, gekämpft. In genau 100 Tagen stimmen wir über die Einführung einer 13. AHV-Rente ab. Diese ist nötiger denn je. Die Pensionskassenrenten werden immer schlechter. **Steigende Mieten und Krankenkassenprämien führen zu einem Kaufkraft-Verlust einer ganzen Monatsrente. Mit der 13. AHV-Rente können wir das ausgleichen.**

Ich bin überzeugt, dass wir diese Abstimmung gemeinsam gewinnen können. Das geht nur gemeinsam. Wir möchten bereits frühzeitig 100 000 Informationsflyer drucken und verschicken, um zu zeigen, warum es die 13. AHV-Rente dringend braucht. So können wir früh wichtige Fakten und Argumente bekannt machen. Das braucht es, um die Abstimmung Anfang März 2024 zu gewinnen.

Im Informationsflyer zeigen wir Folgendes auf:

**Die heutigen Renten reichen nicht mehr.** Die 13. AHV-Rente kompensiert den Kaufkraft-Verlust. **Höhere Mieten und Krankenkassenprämien treffen Menschen mit tieferer Rente besonders hart.** Eine 13. AHV-Rente bringt am meisten.

**Die finanziellen Mittel sind vorhanden.** Die Mehrkosten kann die AHV tragen. Wenn es in Zukunft wieder einmal höhere Beiträge braucht, dann sind sie im Verhältnis zu allen anderen Formen der Vorsorge bescheiden.

Vielen Dank für deine Unterstützung! Gemeinsam können wir den Kaufkraft-Verlust bei den Renten ausgleichen.

Solidarische Grüsse

Paul Rechsteiner, ehemaliger Ständerat SP

PS: Es braucht uns alle, um diese wichtige Abstimmung zu gewinnen.»

## Delegiertenversammlung VPOD Zürich

# Politisches Wunder zum Greifen

Am Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) 2018 ist sie geboren. Die Initiative für eine 13. AHV-Rente rennt offene Türen ein, denn in den letzten fünf Jahren sind die Mieten, die Gesundheitskosten, die Inflation markant gestiegen. Dafür geben Rentner:innen bis zu einer Monatsrente mehr aus als noch vor fünf Jahren.

«Am 3. März könnte uns ein politisches Wunder gelingen.» Aber nur, wenn wir uns voll dafür einsetzen. Gabriela Medici, SGB-Zentralsekretärin plädierte an der Delegiertenversammlung des VPOD Zürich dafür in der Abstimmungskampagne vor allem auf die Initiative für die 13. Altersrente zu fokussieren und mit positiven Argumenten die Menschen zu einem Ja zu bewegen. Du Zuwendung auf die extreme Vorlage der Jungfreisinnigen für die kontinuierliche Erhöhung des Rentenalters lohne sich kaum, denn die Zustimmung in der Bevölkerung sei schwach. Der Bundesrat wird voraussichtlich für beide Vorlagen ein Nein empfehlen, eine 13. AHV-Rente sei nicht finanzierbar.



Generationsübergreifend. Gemeinsam für ein JA am 3. März.

hung nur in der 1. Säule zu haben und die einzig finanzierbare Lösung für die Kompensation des markanten Anstiegs der Lebenshaltungskosten.

Bereits heute beziehen 300 000 Menschen Ergänzungsleistungen, weitere 230 000 Anspruchsberechtigte würden darauf verzichten. Die höheren Lebenshaltungskosten bei den Pensionierten belaufen sich seit 2018 im Durchschnitt auf Fr. 3510.– für Alleinstehenden, bzw. 6080 bei Ehepaaren. Also

# 13. AHV-Rente

am 3. März **JA**

Gabriela Medici ist zu einem anderen Schluss gekommen: Der AHV-Fonds sei derzeit und in näherer Zukunft mit 50 Milliarden Franken plus solide finanziert. Auch dank der 0,3 Lohnprozenten, die wir 2019 mit der «Staff-Vorlage» zusätzlich gesprochen haben. Und die Erfahrung zeige, dies sehe sogar der Bundesrat so, Prognosen über mehr als zehn Jahre seien nicht seriös und zuverlässig. Zudem seien weder systemrelevante Banken noch die AHV-Kasse jemals konkurs gegangen – ihre Existenz liegt in einem hohen öffentlichen Interesse. Gemäss Bundesrat könnte eine 13. AHV-Rente mit zusätzlichen 0,4 Lohnprozenten – also 80 Rappen pro Tag und Kopf – finanziert werden. So günstig sei eine Rentenerhö-

eine durchschnittliche Monatsrente. Auch im kommenden Jahr sei mit steigenden Preisen zu rechnen. Die AHV-Renten seien immer weniger wert, besonders für Personen mit tiefen Einkommen.

Die Umfrage zeigen zurzeit eine Zustimmung von 71% – ein Momentaufnahme. Denn die Haltung des Bundesrats und die Propaganda der Gegner:innen werden diesen Wert zum Sinken bringen. «Aber bitte nicht mehr als um 20%.» Mit dieser Zielsetzung hat Gabriela Medici in Aussicht gestellt, dass uns «ein politisches Wunder» gelingen kann. «Aber nur, wenn wir uns alle mehr als voll dafür engagieren.»

Duri Beer, Regionalsekretär VPOD Zürich

## Neujahrs-Gruss aus dem VPOD-Sekretariat

# Was bringt mir der VPOD? – eine selten gestellte Frage.

Die Wahl darüber zu entscheiden, ob wir eine 13. AHV-Rente einführen wollen. Am 3. März. Und damit Teil eines «kleinen politischen Wunders» zu werden. Zum Beispiel. Die noch bessere Antwort ist unser Engagement für angemessene Rahmenbedingungen für die Institutionen und Unternehmen, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden und für einen guten Service public für die Bevölkerung. Mit Menschen, die gerne und dauerhaft gesund die Grundversorgung sichern. Mit Wasser, Energie, Unterhalt, Verkehr, Kultur und Gesundheit. Sich für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit engagieren. Für alle, statt für wenige. Am Arbeitsplatz, in den Betrieben und Schulen, in der Gewerkschaft,

in den Parlamenten, der Regierung, der Verwaltung und auf der Strasse. Jeden Tag. Im Namen der VPOD-Aktivist:innen, Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder und aller VPOD-Mitarbeitenden. Vielen Dank für deine Solidarität, dein Engagement, deine Mitgliedschaft. Auch im neuen Jahr.

*Wir wünschen dir,  
deinen Freundinnen und Freunden,  
deiner Familie und uns allen  
einen guten Start  
in ein kämpferisches 2024.*

## Agenda

**Donnerstag, 14. Dezember, 9 Uhr**  
Verbandskonferenz Energie  
Bern

**Dienstag, 23. Januar, 10 Uhr**  
Verbandskommission Gesundheit  
Bern

**Dienstag, 23. Januar, 18 Uhr**  
GV VPOD VBZ-Gruppen  
Zürich, Zentralwerkstatt

**Dienstag, 6. Februar, 16 Uhr**  
Sektionsvorstand VPOD Stadt & Institutionen  
Zürich, Volkshaus

**Mittwoch, 7. Februar, 14 Uhr**  
VPOD Zürich Pensionierte  
Zürich, Volkshaus

**Sonntag, 3. März**  
Abstimmungen

**Mittwoch, 6. März, 14 Uhr**  
VPOD Zürich Pensionierte  
Zürich, Volkshaus

**Mittwoch, 20. März, 9 Uhr**  
Verbandskommission Verkehr  
Zürich, Volkshaus

**Dienstag, 26. März, 18.45 Uhr**  
Regionalvorstand VPOD Zürich  
Zürich

Das VPOD Sekretariat im Zürcher Volkshaus bleibt vom 18. Dezember 2023 bis zum 3. Januar 2024 geschlossen. Die telefonische Erreichbarkeit ist bis zum 22. Dezember gewährleistet.

## Historischer Schritt zur Stabilisierung der PKSW

Am 27. November 2023 hat das Personal und der VPOD ein Resultat erreicht, welches bis vor Kurzem undenkbar war. Das Parlament hat einstimmig (!) alle Anträge zur finanziellen Stabilisierung der PKSW angenommen. Nächster Juni wird dann die entsprechende Volksabstimmung stattfinden. Wir sind zuversichtlich, dass auch diese letzte Hürde überwunden werden kann. Danach können wir richtig feiern, weil unser Hauptziel – das Ende der Sanierungsspirale bzw. eine langfristige und finanziell nachhaltige Stabilisierung der PKSW – endlich erreicht ist.

Seit Jahren leidet das Personal der Stadt Winterthur unter dem prekären Zustand der PKSW. Der Leidensweg hat bei der Verselbstständigung im Jahr 2014 begonnen und die Situation dauert bis heute an. Hauptziel des gesamten städtischen Personals ist das Beenden der Sanierungsspirale bzw. eine langfristige und finanziell nachhaltige Finanzierung der PKSW. Die bisherigen Bestrebungen dieses Ziel zu erreichen sind gescheitert. Jetzt ist die Situation anders, die unzählige Gespräche und unermüdliche Druckausübung des VPOD zahlen sich aus. Die einstimmige Entscheidung des Parlaments stellt die notwendige Bedingung für die Annahme der Kreditvorlage bei der Volksabstimmung dar.

Der Stabilisierungspaket kann grob in zwei Kapitel zusammengefasst werden. Der erste Hauptpunkt betrifft die Höhe und die Modalitäten der Finanzierung: Die Höhe von Fr. 120 Mio.

der Finanzierung sehen wir als angemessen und durchdacht. Den «Meccano» des Stabilisierungspakets bzw. die tranchenweise Finanzierung, gekoppelt an die Entwicklung des ökonomischen Deckungsgrades, erachten wir als zielführend und vor allem als mehrheitsfähig. Der zweite zentrale Aspekt des Pakets betrifft die neue Beitragsaufteilung Arbeitgeberin/Arbeitnehmende: Die heutige Beitragsaufteilung ist altersabhängig und somit unüblich. Der Vergleich mit anderen öffentlich-rechtlichen Pensionskassen zeigt, dass der klare Benchmark bei 60/40 liegt. Die neue Aufteilung würde vor allem für ältere Mitarbeitende zu finanziellen Einbussen führen. Der Stabilisierungspaket sieht aber Kompensationsmassnahmen vor. Konkret werden alle Jahreseinkommen bis Fr. 120 000.– vollständig, mittels Lohnzulagen bis zur Pensionierung, kompensiert. Das Ausmass und der Art der Kompensationen erachten wir deshalb als sozialverträglich, nur die Einkommen ab Fr. 120 000.– werden teilweise nicht kompensiert. Die neue Beitragsaufteilung kann also als Modernisierung und nicht als Verschlechterung der Arbeitsbedingungen betitelt werden. Die vom Parlament beschlossene Kompromisslösung erachten wir als ausgewogen, sozialverträglich und vor allem zielgerichtet. Als letzter Schritt müssen wir noch die Stimmbevölkerung davon überzeugen, um endlich von einer finanziell stabile PKSW zu reden.

Mattia Mandaglio

### Im Recht mit dem VPOD

## Krank? Verzug auf Arbeit!

Eine langjährige, geschätzte Trampolinistin ist zu 100% arbeitsfähig, aber temporär dispensiert für einen bestimmten Fahrzeugtyp. Soll der Betrieb dieser ärztlichen Empfehlung im Sinne ihrer Genesung Folge leisten und die Befehle entsprechend in einem anderen Depot disponieren? Oder soll er sie der Einfachheit halber krankschreiben, weil der Aufwand dafür zu gross ist? Eine verflüchtende Episode aus einer renommierten Zürcher Verkehrsunternehmen.

Paola H. (Name geändert; weil Paola in der Zwischenzeit von ihrer Vorgesetzten wegen dieser Geschichte in die Mangel genommen wurde) hat im Frühjahr 2023 an einer obligatorischen Weiterbildung teilgenommen. Ein Fussgänger stolpert unverhofft über die Strasse – Notstopp – Paola fliegt durch den Bus und verletzt sich an der linken Schulter. Und arbeitet weiter, bis die neuen Fahrzeuge kommen. Linksseitig mit einem Joystick zu steuern, in allen anderen Fahrzeugtypen sind beide Arme gleich belastet. Paolas Arzt dispensiert sie temporär vom Fahren der neuen Fahrzeuge – alle anderen Fahrzeugtypen gehen, wenn auch unter Schmerzen. Aber eine Therapie wird helfen.

Es ist Juli. Dem Betrieb ist der Aufwand zu gross, Paola in ein anderes Depot zu disponieren. Es würden Wegzeiten anfallen, auf die Paola – unverschuldet in diese Lage gekommen – nicht verzichten will. Auf Empfehlung des VPOD Sekretariats. Darum wird sie krankgeschrieben – Sie wehrt sich. Paola ist nicht arbeitsunfähig, sondern angewiesen auf eine unterstützende Haltung ihrer Vorgesetzten, die im öffentlichen Interesse handeln.

Ende Juli wird sie zum rechtlichen Gehör eingeladen. Hals über Kopf, trotz Ferienabwesenheiten innert weniger Tage. Sie soll in einem neuen

Depot eingesetzt werden – die Verfügung kann nicht warten. Sie ist einverstanden, mit der Kurzfristigkeit, aber auch mit der Versetzung, wenn die Krankheitstage rückwirkend korrigiert werden. In der Zwischenzeit hat die Therapie erfolgreich angeschlagen, sie kann wieder alle Fahrzeugtypen fahren. Die Verfügung wird obsolet.

Nach über zwei Monaten wendet sie sich wieder an das VPOD Sekretariat. Weder das Protokoll zum rechtlichen Gehör noch eine Antwort auf den Kompromissvorschlag sind bereinigt beziehungsweise eingetroffen. Ist die Baustelle vergessen gegangen?

Die Verantwortlichen weilen in den Ferien, als sich das VPOD Sekretariat an die Anstellungsinstanz wendet und nachfragt, wann mit einer Entscheidung und einer Antwort zu rechnen sei? Nach einer weiteren Woche liegen die Karten auf dem Tisch.

Paola wird rückwirkend die Zeit als geleistete Arbeitszeit gutgeschrieben, die sie hätte leisten können, wenn sie gemäss der ärztlichen Empfehlung disponiert worden wäre. Und zwar nicht unter dem Aspekt der Lohnfortzahlung – Krankschreibung – sondern im Sinne von «Verzug der Arbeit». Das heisst, der Aufwand, den der Betrieb hätte leisten müssen, um der ärztlichen Empfehlung zu folgen, wäre auch im Hinblick auf die günstigen Prognosen zur Genesung der Betroffenen zumutbar gewesen.

Nach über zwei Monaten im Ungewissen hat Paola letztlich Recht bekommen. Weil sie hartnäckig blieb, als es darum ging korrekt zu handeln, unnötige Krankheitstage zu vermeiden und zu insistieren, wenn Vorgesetzte ihre Führungsverantwortung nicht wahrnehmen.

Duri Beer

## Ein starker VPOD – für alle!

Sind deine Arbeitskolleg\*innen schon VPOD-Mitglied? Wenn nicht, kannst du sie sicher davon überzeugen. Ein starker VPOD hilft allen. Und für jedes neue Mitglied, das du zum Beitritt bewegst, bekommst du 100 Franken gutgeschrieben (beim Beitritt als «Werber\*in» eintragen). Das lohnt sich also gleich mehrfach.

Informationen über die vielen Vorteile einer Mitgliedschaft und die Möglichkeit, online beizutreten hier: [zuerich.vpod.ch/mitglied](http://zuerich.vpod.ch/mitglied)

## Aus dem VPOD Sektionsvorstand

**GAV Kinderbetreuung:** Für den 20. Januar 2024 ist die VPOD-Auftaktveranstaltung zu den GAV-Verhandlungen geplant. In den ersten zwei Dezemberwochen werden wir in den Kitas in der Stadt Zürich dafür flyern. Weitere Helfer:innen für die Flyeraktion sind gesucht – Interessierte melden sich bei [martina.fluehmann@vpod-zh.ch](mailto:martina.fluehmann@vpod-zh.ch).

**AOZ Durchgangszentren:** Per 1. März 2024 wird die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) im Kanton Zürich keine Durchgangszentren mehr führen. Die ORS und Caritas haben bei der Submission den Zuschlag erhalten. Verhandlungen zum Sozialplan werden stattfinden.

**Vernehmlassungen Tagesschule:** Bis Mitte Februar ist der VPOD eingeladen sich an den Vernehmlassungen zu BeFrei (Betreuung Freizeit) und zur Ressourcenzuweisung Tagesschule zu beteiligen.

## Aus dem Stadtrat

(dub) Der Stadtrat erhöht per 1. Januar 2024 den Normkostensatz für subventionierte Kita-Plätze und vollzieht damit das Massnahmenpaket, auf das sich im letzten Jahr das Sozialdepartement, die im «Kita-Dialog Stadt Zürich» organisierten Kita-Trägerschaften und der VPOD geeinigt hatten und in dem eine Erhöhung des Normkostensatzes für subventionierte Kita-Plätze in der Stadt Zürich enthalten war. Per 1. Januar 2023 erhöhte der Stadtrat den Normkostensatz entsprechend von Fr. 121.– auf Fr. 131.20. Mit Berücksichtigung der Teuerung beträgt er nun Fr. 134.20.

Im 2013 privatisierten Wohn- und Werkhaus zur Waid (WWW) ersetzt Florian Meyer den zurückgetretenen Direktor der städtischen Gesundheitsdienste Morton Keller im Stiftungsrat. Florian Meyer ist seit Dezember 2017 Abteilungsleiter Schadensminderung und illegale Substanzen (Kontakt- & Anlaufstellen / DIZ Zürich) bei den sozialen Einrichtungen und Betrieben der Stadt Zürich. Zuvor war er stellvertretender Abtei-

**VBZ Generalversammlung:** Die bestehenden VPOD-Gruppen Technik, Fahrdienst und Ereignismanagement haben entschieden sich zusammenzuschliessen und dadurch den berufsübergreifenden, gewerkschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, indem mehr Basismitglieder sich als sogenannte «Vertrauensleute» engagieren. Die nächste Generalversammlung findet am 23. Januar in der VBZ-Zentralwerkstatt statt.

**BTZ Versammlung:** Die VPOD Gruppe Behinderten-Transporte Zürich hat an ihrer Versammlung die Berichterstattung der Delegation zur Kenntnis genommen, die mit den Lohnverhandlungen beauftragt wurde. Die Antwort auf die Anträge der VPOD-Gruppe an den Stiftungsrat sind ausstehend. Die Gruppe hat ihren Beschluss bestätigt, nur in GAV-Verhandlungen treten zu wollen, wenn bei den Lohnverhandlungen eine Einigung resultiert.

lungsleiter im Massnahmenzentrum Uitikon, der Massnahmen-Einrichtung für straffällige männliche Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 25 Jahren. Wie der Stadtrat schreibt. (3252/2023)

Der Stadtrat will die 87 «Anlagen der automatischen Verkehrskontrollen» (AVK) – stationäre Anlagen für Rotlicht- oder Geschwindigkeitskontrollen – zur mittel- und längerfristigen Sicherstellung des 24-Stundenbetriebs ersetzen. Neu soll die Systemverantwortung bei den Lieferanten liegen, dafür nimmt er gebundene Ausgaben von 6.2 Mio. für die Jahre 2024–2027 in Kauf. Für die Beschaffung von künftigen AVK-Gesamtsystemen habe die Stadtpolizei deshalb eine öffentliche Ausschreibung im offenen Verfahren durchgeführt, mit der Spezialität, dass mit den evaluierten Anbietern, die die entsprechenden Zuschlagskriterien am besten erfüllen, Rahmenverträge für vier Jahre abgeschlossen werden. (3327/2023)

## Stadt Zürich: Update Fringe benefits

Zur Erinnerung: Nach über sieben Jahren langen Wartens und Kampf des VPOD (zuletzt mit einer Petition) hat der Stadtrat seinen Vorschlag zur Neuregelung der Lohnnebenleistungen verabschiedet und beantragt dem Gemeinderat, die sogenannten «Fringe Benefits» im Personalrecht zu verankern. Maximal Fr. 600.– sollen pro Vollzeit-Mitarbeitenden für ein Abonnement des ZVV auf Stadtgebiet (Zone 110) zur Verfügung stehen. Der Stadtrat hat das Paket Ende September 2022 dem Gemeinderat überwiesen. Das Parlament hat die Vorlage angenommen. Der Stadtrat ist jetzt für die konkrete

Umsetzung (neue Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht) zuständig.

*Wo stehen wir jetzt?* Die Inkraftsetzung ist für den 1. Januar 2025 geplant. Aus diesem Grund wird in der ersten Hälfte 2024 die entsprechende Vernehmlassung stattfinden. Wir werden das Ganze, mit unseren Basisgremien und Gruppen, kritisch beurteilen. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass diese von uns erkämpften Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ab dem Jahr 2025 für die gesamte Stadtverwaltung Realität werden.

Mattia Mandaglio

13. AHV-Rente  
am 3. März JA

